

Daniel Fischer M.Ed.

Zentralistischer Einheitsstaat und bürgerlicher Eigensinn? Stadtjubiläen in der DDR zwischen parteipolitischer Intention und kommunaler Selbstdarstellung.

Der zunehmende Ausbau des zentralistischen Einheitsstaates seitens der SED, die Auflösung der Länder 1952 und die Durchsetzung des sog. Demokratischen Zentralismus bedeuteten das Ende der kommunalen Selbstverwaltung in der Deutschen Demokratischen Republik. Das Prinzip der Anleitung und Kontrolle durch hierarchisch strukturierte Gebietsleitungen stellte einen offenen und bewussten Bruch mit kommunalpolitischen Traditionen dar und führte zu einer unübersehbaren politischen Bedeutungsminderung von Städten und Gemeinden. Föderalismus und Regionalität galten der SED als Überreste bürgerlicher Staatlichkeit, welche nach dem Selbstverständnis des „Arbeiter- und Bauernstaates“ zu beseitigen waren. Während seitens der Forschung die diktatorialen Herrschaftsstrukturen des zentralistischen Einheitsstaates DDR bereits umfangreich aufgearbeitet wurden, sind Untersuchungen zu Städten als Herrschafts-, Kultur- und Sozialraum im sozialistischen Einheitsstaat kaum vorhanden. Doch wird gerade mit dem Blick auf lokale Verhältnisse deutlich, dass die DDR in einem permanenten Spannungsverhältnis zwischen dem Herrschaftsanspruch der Parteiführung und der realen Durchdringung der Gesellschaft existierte. Besonders in den Kommunen, einst Orte bürgerlicher Partizipation, war die Antithetik zwischen der parteipolitischen Linie und dem lokalen (Selbst-)Bewusstsein nicht zu überwinden. Widersprüche konnten vor allem bei Stadtjubiläen sichtbar werden, wenn sozialistische Utopie bzw. staatliche Doktrinen auf fest verankerte Traditionen stadtbürgerlicher Kultur trafen. Bei einem so traditionell verankerten Festtypus wie dem Stadtjubiläum sind eigendynamische, den Staatssozialismus relativierende Phänomene anzunehmen.

Stadtjubiläen hatten in der DDR eine starke Konjunktur und ihre gesellschaftliche Relevanz war eminent: Die Jubelfeiern waren stets kommunale Großereignisse, von medialem Interesse und regem Zuspruch in der Stadtbevölkerung begleitet und wurden in nahezu allen Städten begangen, deren Stadtgeschichte einen Anlass wie sich jährnde Gründungsdaten oder Ersterwähnungen bot. Für die SED gab es gute Gründe, die kulturelle Praxis der Stadtjubiläen zuzulassen und zu fördern, stellten Jubiläumsveranstaltungen jeder Couleur doch eine besonders wichtige Ressource dar, um die Eigengeschichte als Erfolgsstory zu erzählen, zu konstruieren und so einen politischen Geltungsanspruch zu formulieren. Die 750-Jahrfeier Ost-Berlins 1987, als Staatsfest inszeniert, kann als symptomatisch für die Instrumentalisierung solcher Festakte seitens der Partei gelten. Fern der staatlichen Zentrale je-

doch, in den politisch marginalisierten Kommunen, dürften lokale Eigenheiten und Traditionen bei Stadtfesten eine weitaus bedeutendere Rolle eingenommen haben.

Hier setzt das Dissertationsprojekt an: Anhand von Jubiläen in Bezirks-, Kreis- sowie kreisangehörigen Städten werden die Jubiläumsfeiern als klassische Form urbaner Selbstrepräsentation und Ausdruck von inszeniertem lokalen Traditionsstolz systematisch analysiert. Dabei sollen sowohl Einflüsse der SED-Herrschaftspraxis als auch stadtbürgerliche Eigensinnigkeiten offengelegt werden. Exemplarisch sind die 750-Jahrfeier der Bezirks- und ehemaligen Residenzstadt Dresden 1956, wo sich der Rat der Stadt mit der Gratwanderung zwischen dem Wiederaufbau des traditionsreichen Elbflorenz und dem angeleiteten „Aufbau Sozialismus“ konfrontiert sah, oder die beiden in die DDR-Zeit fallenden Jubiläen der Kreisstadt Zittau 1955 und 1988 herauszuheben. Der vergleichende Blick auf mehrere Jubiläen einer Stadt birgt die Chance, die städtischen Repräsentationsformen und deren eigensinnigen Charakter im Kontext politisch-gesellschaftlichen Wandels zu untersuchen. Ferner interessieren auch Stadtfeiern in kreisangehörigen, finanziell besonders benachteiligten Kleinstädten wie beispielsweise in Meerane, wo man 1974 die 600-Jahrfeier der Textilstadt zusammen mit dem 25-jährigen Staatsjubiläum zu inszenieren suchte, oder Radebergs 550. Jubiläum 1962.

Ausgehend von der kommunalpolitischen Stellung der Stadt und dem Versuch gesellschaftlicher Entbürgerlichung im Staatssozialismus wird untersucht, inwiefern der Festtypus des Stadtjubiläums Gestaltungsräume für kommunale Selbstdarstellung ermöglichte und in diesem Zusammenhang die Bedeutung einer stadtbürgerlichen (Rest-)Kultur offenlegte. Der kultur- und gesellschaftsgeschichtliche Ansatz richtet den Fokus auf lokale Kräfte, welche den Geltungsansprüchen und Identifikationsangeboten der SED bzw. der Idee vom zentralistischen Einheitsstaat ein städtisches, dezentrales Selbstbewusstsein entgegenstellten. Machten Stadtjubiläen die Relikte der bürgerlichen Kulturformation sichtbar? Entfalteten sich institutionelle und kulturelle Residuen von Bürgerlichkeit in der sozialistischen Gesellschaft? Dabei ordnet sich das Vorhaben in die jüngere Forschung ein, die lokale Strukturen und Institutionen in den Blick nimmt, um die Gesellschaftsgeschichte der DDR erschließen zu können. Das Projekt fragt *erstens* nach ideologischen Überwölbungsversuchen seitens der SED hinsichtlich Stadtkultur und urbaner Tradition. Welchen Spannungen und Brüchen waren tradierte Stadtleitbilder in der DDR ausgesetzt und wie wirkte sich dies bei offiziellen Repräsentationsformen wie Stadtjubiläen aus? *Zweitens* rücken die Jubelfeiern als kommunale Selbstdarstellung in den Fokus. Es interessieren die lokalen Akteure mit den jeweiligen Handlungsspielräumen, Aushandlungsprozesse bei der Planung und Gestaltung der Veranstaltungen, Formen der Inszenierung und Ritualisierung sowie der Erinnerungsproduktion.